Gleich drei Volksabstimmungen zeichnen sich im März-Landtag ab

Parlament «HalbeHalbe», die doppelte Staatsbürgerschaft ohne Verzicht sowie die Abschaffung des Grundmandatserfordernisses bei Gemeindewahlen: Bei gleich drei Traktanden des März-Landtags zeichnen sich Volksabstimmungen ab.

VON HANNES MATT

Von heute bis Freitag trifft sich der Landtag zur März-Session. (Archivfoto: Michael Zanghellini)

Die FBP hatte in Sachen doppelte Staatsbürgerschaft bereits früher den Wunsch geäussert, dass das Volk bei einem Ja des Landtags das letzte Wort haben sollte. Es ist wahrscheinlich, dass die Abgeordneten dem sogenannten «Verzicht auf den Verzicht» schlussendlich mehrheitlich zustimmen werden. So sollen EWR-Bürger und Schweizer künftig nicht mehr auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft verzichten müssen, wenn sie sich in Liechtenstein einbürgern lassen wollen. Damit würde Liechtenstein theoretisch Bürgern aus 31 Ländern die doppelte Staatsbürgerschaft bei einer Einbürgerung ermöglichen. Das ist allerdings nur möglich, wenn dies auch der jeweils andere Staat zulässt. So werden sich Österreicher aufgrund der Rechtslage in ihrem Heimatland weiterhin für den einen oder anderen Pass entscheiden müssen. Auch Deutsche müssten ihren bisherigen Pass im Regelfall aufgeben.

Ein Punkt könnte an der zweiten Lesung im Hohen Haus allerdings noch Thema werden: Anders als von einigen Abgeordneten gewünscht, will die Regierung bei einer Abschaffung des Verzichts die sprachlichen Hürden nicht erhöhen. Für die gesellschaftliche Integration sei das bisher verlangte Level B1 angemessen und ausreichend, so deren Argumentation – eine Anhebung des Sprachniveaus auf B2 unverhältnismässig und nicht notwendig.

Weiter wird sich der Landtag in dieser Woche mit der Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» beschäftigen. Die Initianten wollen den Artikel 31, wonach Frauen und Männer gleichberechtigt sind, um einen Satz ergänzen: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert.» Damit soll die Chancengleichheit verbessert werden. Weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt, müsste der Landtag entweder einstimmig grünes Licht geben oder sich zumindest in zwei aufeinanderfolgenden Landtagssitzungen mit einer Dreiviertelmehrheit für die Initiative aussprechen (19 Jastimmen bei 25 Abgeordneten). Trifft dies nicht zu, was sehr wahrscheinlich scheint, wird eine Volksabstimmung fällig.

«Quasi-Sperrklausel» soll weg

Die Stimmbürger Liechtensteins werden wohl auch bei der Abschaffung des Grundmandatserfordernisses bei den Gemeindewahlen das letzte Wort haben. So sind Parteien, die bei den Gemeindewahlen kein Grundmandat erreichen, heute von der Verteilung der Restmandate ausgeschlossen, eine «Quasi-Sperrklausel». In erster Lesung hat die grosse Mehrheit des Landtags die Änderung als Stärkung der Demokratie interpretiert und mehrheitlich zugestimmt. Schon bei der Überweisung der Motion der Freien Liste hatten die Unabhängigen eine Volksabstimmung angekündigt. Da dürfte der Landtag nichts dagegen haben, schliesslich könnte die Abstimmung mit einer der vorher genannten verbunden werden und so keinen grossen Mehraufwand verursachen.

Vorschläge zur AHV gefragt

Auf der Traktandenliste der März-Session findet sich neben der Abänderung des Treuhändergesetzes (siehe unten) oder des NF-Postulats zur Direktwahl der Regierung auch die Kenntnisnahme des versicherungstechnischen Gutachtens für die AHV. Dieses hat festgestellt, dass Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV-Reserven nötig werden. Eine Entscheidung fällt diese Woche aber noch nicht. Die Diskussion ist jedoch ein Gradmesser, welche Sicherungsmassnahmen als mehrheitsfähig angesehen und von der Regierung bis zum Herbst präsentiert werden. Einen Vorschlag hat die FBP bereits eingebracht. So denkt die «schwarze» Fraktion höhere Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an, die mit einer Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags (sinkenden Krankenkassenprämien) kompensiert werden sollen – eine Lösung ohne Erhöhung des Rentenalters, ohne Mehrbelastung der Liechtensteiner Arbeitnehmer und -geber sowie ohne stärkeren Export von Steuergeldern ins Ausland, der mit der Erhöhung des AHV-Staatsbeitrags einhergehen würde.

Zu guter Letzt möchte die FBP das Thema Coronavirus im Landtag diskutiert wissen. Sie wird deshalb einen Antrag auf ein Zusatztraktandum stellen, wie sie bereits vergangenen Woche mitteilt hat.